



Detailansicht des Registereintrags

Deutscher Mittelstands-Bund (DMB) e.V.

Stand vom 02.10.2026 07:35:36 bis 02.10.2026 15:34:10

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002505
Ersteintrag:	01.03.2022
Letzte Änderung:	02.10.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	09.04.2026
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Grafenberger Allee 128 a 40237 Düsseldorf Deutschland Telefonnummer: +492112005250 E-Mail-Adressen: politik@mittelstandsbund.de Webseiten: https://www.mittelstandsbund.de
Hauptstadtrepräsentanz:	Reinhardtstraße 33 10117 Berlin Telefonnummer: +49302200480 E-Mail-Adresse: politik@mittelstandsbund.de
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25	
Mitgliedsbeiträge	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

80.001 bis 90.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1,60

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Marc Tenbieg**

Funktion: Geschäftsführender Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):**1. Matthias Bianchi****2. Benjamin Schöfer****3. Steffen Kawohl****4. Patrick Schönowski****5. Luisa Lippert****6. Daniela Röben****7. Marc Tenbieg****Gesamtzahl der Mitglieder:**

34.340 Mitglieder am 31.12.2025, davon:

14.766 natürliche Personen

19.574 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (6):

1. Wirtschaftspolitischer Club Deutschland (WPCD) e.V.

2. Verein zur Förderung der Arbeit des Parlamentskreis Mittelstand (PKM) e.V.

3. Wirtschaftsrat der CDU e.V.

4. Wirtschaftsforum der SPD e.V.

5. Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V.

6. Verein Berliner Kaufleute und Industrieller (VBKI) e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (30):

Arbeitsmarkt; Internationale Beziehungen; Außenwirtschaft; Berufliche Bildung;

Parlamentarisches Verfahren; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; EU-

Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Cybersicherheit; Datenschutz und Informationssicherheit;

Digitalisierung; Internetpolitik; Migration; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben;

Krankenversicherung; Pflegeversicherung; Rente/Alterssicherung; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Verkehrsinfrastruktur; Bundeswehrangelegenheiten; Bank- und Finanzwesen; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Handwerk; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Deutsche Mittelstands-Bund (DMB) e.V. ist der parteipolitisch unabhängige Bundesverband für kleine und mittelständischen Unternehmen, Freiberufler und Selbstständige. Seit 1982 vertritt er deren Interessen, um den Mittelstand im nationalen und internationalen Wettbewerb zu stärken – heute für rund 34.000 Mitgliedsunternehmen mit über 800.000 Beschäftigten.

Der DMB steht dabei für eine progressive Mittelstandspolitik, die sich auf die heutigen Stärken von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) besinnt und gleichsam die Herausforderungen von morgen adressiert. Der DMB versteht sich als Brücke zwischen mittelständischer Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Er sorgt dafür, dass politische Entscheidungen für die Mitglieder transparent und nachvollziehbar aufbereitet werden. Zugleich verschafft er den Belangen von KMU in der politischen Debatte Gehör. Seit Februar 2026 bündelt die Hauptstadt-Repräsentanz im Berliner Regierungsviertel den Dialog mit Bundestag, Bundesregierung und Verwaltung, um die Anliegen des Mittelstands frühzeitig in politische Entscheidungsprozesse einzubringen.

Die Aktivitäten des DMB im Rahmen der Interessenvertretung gemäß Lobbyregistergesetz reichen von der Erstellung eigener Positionspapiere, Stellungnahmen und politischer Handlungsempfehlungen zu mittelstandsrelevanten Themen bis zum direkten Austausch mit politischen Entscheidungsträgern. Der Verband unterfüttert seine politischen Positionen durch Befragungen und Studien unter Mitgliedsunternehmen (z. B. Risiko-Report Mittelstand, Mitgliederbefragung „Impulse“, KI-Index Mittelstand, Ausbildungsumfrage 2026) und bringt diese Mittelstandsperspektive in den öffentlichen und politischen Diskurs sowie in Gesetzgebungsverfahren ein.

Konkrete Regelungsvorhaben (10)

1. Verbesserung der Rahmenbedingungen für KMU bei der Finanzdigitalisierung

Beschreibung:

Die Partnerschaft für Finanzdienstleistungen setzt sich für bessere Rahmenbedingungen zur Digitalisierung finanzieller Geschäftsprozesse in KMU ein. Zur Sicherung von Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit sind folgende Maßnahmen notwendig, um die Digitalisierung in KMU zu fördern und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken:

- (1) Bürokratieabbau: Entlastung der KMU für mehr Zeit zur Finanzdigitalisierung.
- (2) Steuerlastsenkung: Reform der Unternehmensbesteuerung zur Verbesserung der Investitionsbedingungen.
- (3) Fachkräftemangel bekämpfen: Stärkere Unterstützung der dualen Ausbildung, Anreize

für Weiterbildung und Umschulung.

(4) Ausbau digitaler Infrastruktur: Flächendeckender Ausbau von Glasfaser- und Mobilfunknetzen.

Betroffenes geltendes Recht:

BDSG 2018 [alle RV hierzu]; UStG 1980 [alle RV hierzu]; GewStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Handwerk [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

2. Bürokratie umfassend abbauen, Verwaltung digitalisieren

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist die Vereinfachung bestehender gesetzlicher und untergesetzlicher Regelungen mit Auswirkungen auf KMU, insbesondere im Hinblick auf Melde-, Dokumentations- und Nachweispflichten sowie Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren. Dies umfasst auch die mittelstandsgerechte Ausgestaltung neuer Regelungsvorhaben sowie die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen. Der DMB fordert ein konsequentes Once-Only-Prinzip, Praxistests für KMU im Gesetzgebungsverfahren und Schutz vor Berichtspflichten, die große Unternehmen (etwa aus LkSG oder CSRD) an kleine Zulieferer weiterreichen ("Trickle-down"). Erforderlich sind zudem einfachere Vergabe- und Förderverfahren sowie eine föderale Entlastungsoffensive, die Länder und Kommunen einbezieht.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/3740 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zum Bürokratierückbau in der Gewerbeordnung und dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz sowie anderer Rechtsvorschriften zur Aufhebung von Berichtspflichten

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

AO 1977 [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]; KStG 1977 [alle RV hierzu]; GewStG [alle RV hierzu]; GwG 2017 [alle RV hierzu]; HGB [alle RV hierzu]; GewO [alle RV hierzu]; BBauG [alle RV hierzu]; GWB [alle RV hierzu]; BTTG [alle RV hierzu]; VerpackDG [alle RV hierzu]; EDL-G [alle RV hierzu]; LkSG [alle RV hierzu]; BDSG 2018 [alle RV hierzu]; ERechV [alle RV hierzu]; VwVfG [alle RV hierzu]; OZG [alle RV hierzu]; EGovG [alle RV hierzu]; RegMoG [alle RV hierzu]; BStatG 1987 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

3. KMU bei Strom- und Energiekosten entlasten

Beschreibung:

Hohe und schwer kalkulierbare Energiepreise zählen neben der Bürokratie zu den größten Belastungen im Mittelstand. Industriestrompreis und die auf Industrie und Landwirtschaft beschränkte Stromsteuersenkung erreichen die Breite der KMU nicht; die Betriebe finanzieren sie sogar mit. Der DMB fordert daher, die Stromsteuer für alle Verbraucher dauerhaft auf das EU-Mindestmaß zu senken und die Entlastung bei den Netzentgelten über 2026 hinaus zu verstetigen. Netze und erneuerbare Energien sollen abgestimmt ausgebaut werden, um die Systemkosten zu begrenzen. Für Eigenerzeugung braucht es einfachere Netzanschluss- und Meldeverfahren – etwa einen einzigen digitalen Antrag statt doppelter Meldepflichten.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes für einen planbaren, kosteneffizienten, netzverträglichen und marktorientierten Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor (EEG-Novelle) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 18.07.2026

Federführendes Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

StromStG [alle RV hierzu]; EnWG 2005 [alle RV hierzu]; EEG 2014 [alle RV hierzu]; KWKG 2016 [alle RV hierzu]; StromNEV [alle RV hierzu]; MaStRV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

4. Steuerlast für KMU senken und Investitionen stärken

Beschreibung:

Der DMB setzt sich für eine Steuerpolitik ein, die Eigenkapital und Investitionen in KMU stärkt, etwa durch eine Anhebung der Grenze für den Spitzensteuersatz, den vollständigen Ausgleich der kalten Progression, praxistaugliche Thesaurierungs- und Optionsregeln (§ 34a EStG, § 1a KStG), eine spürbare Senkung der Körperschaftsteuer bereits ab 2027, eine kommunale Wirtschaftssteuer statt der Gewerbesteuer und die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Beim Einkommensteuerreformgesetz 2027 wendet sich der Verband vor allem gegen die Verschärfung der sogenannten "Reichensteuer". Denn alle Erhöhungen der Einkommensteuer treffen letztlich die inhabergeführten Personenunternehmen, die einen Großteil der KMU in Deutschland ausmachen und nicht der Körperschaftsteuer unterliegen.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Einkommensteuerreformgesetzes 2027 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 02.09.2026

Federführendes Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EStG [alle RV hierzu]; KStG 1977 [alle RV hierzu]; GewStG [alle RV hierzu]; AO 1977 [alle RV hierzu]; SolZG 1995 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Handel und Dienstleistungen [\[alle RV hierzu\]](#); Handwerk [\[alle RV hierzu\]](#); Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#)

5. Fach- und Arbeitskräfte für KMU sichern**Beschreibung:**

In vielen Wirtschaftszweigen und Berufen fehlen weiterhin qualifizierte Fach- und Arbeitskräfte. Der Fachkräftemangel zählt laut DMB-Risiko-Report Mittelstand 2026 zu den größten Risiken für KMU. Der DMB verfolgt deshalb einen doppelten Ansatz: Inländische Potenziale sollen durch eine höhere Erwerbsbeteiligung, gezielte Weiterbildung und Nachqualifizierung sowie ein flexibleres Arbeitszeitrecht mit wöchentlicher statt täglicher Höchstarbeitszeit besser genutzt werden. Zugleich muss die Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus Drittstaaten schneller und unbürokratischer werden – mit zügiger Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, digitalen Visa- und Aufenthaltsverfahren und einer rasch umgesetzten Work-and-Stay-Agentur.

Betroffenes geltendes Recht:

[AufenthG 2004 \[alle RV hierzu\]](#); [BeschV 2013 \[alle RV hierzu\]](#); [BQFG \[alle RV hierzu\]](#); [ArbZG \[alle RV hierzu\]](#); [AFBG \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); Berufliche Bildung [\[alle RV hierzu\]](#); Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Migration [\[alle RV hierzu\]](#)

6. Sozialsysteme zukunftsfähig aufstellen und Sozialabgaben begrenzen**Beschreibung:**

Demografischer Wandel, steigende Gesundheitskosten sowie wachsende Pflege- und Rentenleistungen haben die Sozialversicherungsbeiträge auf 42,6 Prozent anwachsen lassen – die Lohnnebenkosten sind damit einer der größten Kostenfaktoren für KMU. Der DMB drängt darauf, die Beiträge verbindlich auf höchstens 40 Prozent zu begrenzen und dafür die Strukturreformen bei Rente, Pflege und Gesundheit zügig zu beschließen, etwa durch Finanzierung versicherungsfremder Leistungen aus Steuermitteln, eine einnahmeorientierte Ausgabenpolitik der Krankenversicherung, eine tragfähige Pflegefinanzierung und die Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung. Betriebliche und private Vorsorge sollen gestärkt werden; bei der Altersvorsorgepflicht für Selbstständige muss Wahlfreiheit bleiben.

Referentenentwurf:

[Gesetz zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung \(GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz\) \(Vorgang\) \[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 16.04.2026

Federführendes Ministerium: [BMG \[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[SGB 4 \[alle RV hierzu\]](#); [SGB 5 \[alle RV hierzu\]](#); [SGB 6 \[alle RV hierzu\]](#); [SGB 11 \[alle RV hierzu\]](#); [BetrAVG \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

7. Klimaschutz und Energieeffizienz mittelstandsgerecht gestalten**Beschreibung:**

Kleine und mittlere Unternehmen sind zentrale Akteure der ökologischen Transformation – dafür brauchen sie verlässliche Regeln und planbare Kosten. Der DMB wirbt für eine Klimapolitik, die private Investitionen mobilisiert, etwa über Sonderabschreibungen oder eine Investitionsprämie für Energieeinsparung und eigene erneuerbare Erzeugung. Berichts- und Nachweispflichten sollen auf das notwendige Maß begrenzt werden; die Novelle des Energieeffizienzgesetzes, die Energieaudits an den tatsächlichen Verbrauch koppelt, wertet der Verband als Schritt in die richtige Richtung. Im Gebäudebereich mahnt er Planungssicherheit an und warnt vor Mehrkosten durch die geplante Grüngasquote.

Betroffenes geltendes Recht:

KSG [alle RV hierzu]; BEHG [alle RV hierzu]; EnEfG [alle RV hierzu]; BEHV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

8. Duale Berufsausbildung stärken und Ausbildungsbetriebe entlasten**Beschreibung:**

Rund 80 Prozent der Ausbildungsplätze stellt der Mittelstand – doch immer weniger Betriebe finden geeignete Auszubildende. In einer DMB-Umfrage von 2026 berichten knapp drei Viertel der ausbildenden Unternehmen von Besetzungsproblemen. Gegenüber Bund und Ländern benennt der DMB deshalb fünf Handlungsfelder: eine frühere und praxisnahe Berufsorientierung, bessere Ausbildungsreife, praxistaugliche Ausbildungsbedingungen mit weniger Bürokratie und finanzieller Entlastung für Ausbildungsbetriebe, ein besseres Matching von Angebot und Nachfrage sowie die Aufwertung der beruflichen Bildung.

Betroffenes geltendes Recht:

BBiG 2005 [alle RV hierzu]; HwO [alle RV hierzu]; SGB 3 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Handwerk [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

9. Europäische KI-Verordnung (AI Act) mittelstandsgerecht umsetzen**Beschreibung:**

Mehr als jedes zweite mittelständische Unternehmen nutzt oder testet inzwischen KI (Quelle: KI-Index Mittelstand des DMB: 51,2 Prozent). Aus Sicht des Mittelstands entscheidet die Umsetzung der KI-Verordnung darüber, ob diese Dynamik anhält. Der DMB

fordert eine praxistaugliche nationale Durchführung ohne zusätzliche Verschärfungen, eine bundesweit einheitliche Marktüberwachung, gebündelt bei der Bundesnetzagentur, und verständliche Leitfäden, die rechtzeitig vor neuen Pflichten vorliegen. Mit Blick auf die seit August 2026 geltenden Transparenzpflichten fordert er zudem ein KI-Aktionsprogramm für KMU mit mehr Weiterbildung und schnellerem Wissenstransfer

Betroffenes geltendes Recht:

KI-MIG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

10. Arbeitsfähigkeit von KMU durch Reservestärkungsgesetz nicht übermäßig beeinträchtigen

Beschreibung:

Der DMB unterstützt das Ziel, die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu stärken, fordert beim Aufbau der "Neuen Reserve" aber mehr Schutz für KMU, die Ausfälle von Fachkräften kaum kurzfristig ausgleichen können. Verpflichtende Heranziehungen im Frieden sollen nur subsidiär zulässig sein, die Vorlauffrist für Bescheide soll von acht auf zwölf Wochen steigen. Darüber hinaus fordert der Verband mit Blick auf das Reservestärkungsgesetz gesetzlich klare, auf kleine Betriebe zugeschnittene Kriterien für Zurückstellung und Unabkömmlichstellung, einen realitätsnahen Ausgleich direkter und mittelbarer Ausfallkosten, einen eigenen Schutz für Solo-Selbstständige und Freiberufler, digitale One-Stop-Verfahren sowie eine verpflichtende Evaluierung spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Reserve (Reservestärkungsgesetz - ResStG) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 27.05.2026

Federführendes Ministerium: BMVg [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

ResG [alle RV hierzu]; SG [alle RV hierzu]; WehrPflG [alle RV hierzu]; ArbPlSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Bundeswehrangelegenheiten [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

7.410.001 bis 7.420.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Meldung-Lobbyregister-Geschaeftsjahr-2025.pdf